

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Telegraphen-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Postfachstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 61.

Mittwoch, 15. März 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der Kaiserl. Postämter 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nachnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rajantenstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Für den III. hiesigen Stadtbezirk, umfassend das Centrum der Stadt von der Partstraße und Schulstraße, ausschließlich dieser beiden Straßen, bis zur Niederlagstraße und Paulkerstraße, ausschließlich dieser Straßen, ist am gestrigen Tage Herr Schneidermeister Ernst Träger hier- selbst als **Bezirksvorsteher** in Pflicht genommen worden.

Riesa, den 14. März 1893.

Der Stadtrath.
Räder.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Rath- und Cassen-Expeditionen wird **Freitag und Sonnabend**, den 17. und 18. März dieses Jahres, bei der unterzeichneten Behörde nur in dringlichen Angelegenheiten erpöht.

Riesa, den 13. März 1893.

Der Stadtrath.
Räder.

Tagesgeschichte.

Die Newshellen, die in den letzten Tagen in Serbien stattgefunden haben, brachten der neuen liberalen Regierung nicht die erwarteten Erfolge. Zwar ist Mehrheit der Gewählten liberal, aber diese Mehrheit ist so klein, daß zufällige Abwesenheit einiger Mitglieder häufig Entscheidungen bringen kann, die der Regierung unangenehm sind. In Serbien werden die Wahlen anders „gemacht“, als beispielsweise in Spanien. In Serbien darf nur der wählen, der seine Steuern bezahlt hat. Ist man Regierungsanhänger, so werden einem die Steuern „gestundet“, nicht etwa „erlassen“; die Regierungsgegner aber müssen prompt zahlen, sonst werden sie ausgefördert. So haben es die Radikalen gehandhabt, als sie am Aude waren, und die Liberalen, die nach ihnen zur Macht gelangt sind, haben es ihnen gleichgethan. Da nun die radikalen Wähler große Steuerrückstände hatten, die sie nicht alle sogleich decken konnten, so mußten viele von ihnen der Wahlurne fernbleiben und so erklärt es sich, daß die Liberalen, trotzdem ihr Ansehen im Lande ziemlich gering ist, zur Mehrheit gelangt sind. — Die Regierung hat aber auch in anderer Weise in die Wahlbewegung eingegriffen. Sie hat eine große Anzahl radikaler Bürgermeister und Gemeindevorsteher ihrer Ämter entsetzt, angeblich weil sie Betrügereien und Unredlichkeiten verübt haben. Ergibt die Untersuchung die Grundlosigkeit dieser Beschuldigungen, so schadet das weiter nichts, denn inzwischen haben liberale Commisars die Wahlen „geleitet“ und was das in Serbien bezogen wird, ersieht man aus den vielen Berichten über Mord und Todtschlag, die sich an die Wahlbewegung knüpfen. Die radikale Partei war aber auch nicht müßig; aus Rußland waren reichliche Summen zu Wahlzwecken gekommen und Pöschel, der frühere (radikale) Ministerpräsident hatte 100 000 Gewehre angekauft und unter das Landvolk, an die Miliz, vertheilen lassen. Prima-Waffen sollen das zwar nicht sein, aber 100 000 schlechte Flinten können auch so manches Unheil anrichten. König Milan hat seine Ansicht dahin geäußert, die Regenten, die nun bald ihrer Ämter quitt sind, wollten sich durch die liberale Partei des Landes ein gefügiges Werkzeug schaffen, um auch nach der Volljährigkeit des jungen Königs Alexander am Aude zu bleiben. Jedenfalls würde die Stellung des jungen Königs dadurch nur gestärkt, denn die Radikalen tanzen lieber nach russischer Pfeife und würden sich auch kein Gewissen daraus machen, den Sohn des schwarzen Peter Karageorgewitsch an Stelle des jungen Alexander auf den Thron zu setzen. Es heißt, daß dieser Thronprätendent sich gegenwärtig heimlich in Serbien aufhalte und die Regierung ihn stechbriefflich verfolgen lasse. Karageorgewitsch ist bekanntlich der Schwiegerohn des Fürsten von Montenegro, des „einzigen Freundes Rußlands“; er ist als solcher auch mit dem Zarenhause eng verwandt. — Allerdings ist auch die Erzherzogin Natalie ein Schilling des Zaren. Aber das russische Interesse geht dem Zaren immer über persönliche Beziehungen und Neigungen. Wendet sich in Serbien die liberale Partei mit Bestimmtheit von Rußland ab, um sich wieder, wie dies früher der Fall war, ganz in österreichisches Fahrwasser zu begeben, dann hat König Alexander von Serbien daselbst das Schicksal zu erwarten, wie es (z. B. den Fürsten Alexander von Battenberg betroffen hat. Im Allgemeinen könnte es ja gleichgültig scheinen, was die Serben in ihrem eigenen Hause treiben; aber es sind zwei Punkte, die auch das Ausland angehen. Erstens hat Serbien für Bohm., Straßen- und ... Militärzwecke eine große Menge ausländischen Capitals an sich gezogen, dessen Verzinsung schon seit Jahresfrist unsicher geworden ist, wenn nicht gar die Kapitalien selbst bedroht sind; zweitens aber ist Serbien ein Glied des Balkanbündnisses, dessen Nervosität für ganz Europa beunruhigend ist. Schon einmal

hat das „bische Herzogewina“ einen blutigen Krieg entzündet und ganz Europa feberisch erregt; mit Bulgarien war es ebenso und Griechenland ringt nach Ausdehnung. Da giebt man denn sorgsam auf Symptome acht, die eine Krankheit ankündigen könnten und darum sind auch die serbischen Wahlen für das übrige Europa nicht gleichgültig.

Deutsches Reich. Der Kaiser hat sich gestern Morgen mit seiner militärischen Umgebung nach dem großen Artillerie-schießplatz bei Kummerdors begeben, um den dort stattfindenden größeren Schießversuchen beizuwohnen. In der Begleitung des Kaisers war der Geh. Commerzienrath Krupp aus Essen. In Gegenwart des Kaisers und zahlreicher hoher Offiziere fand ein Uebungschießen auf zwei Panzerthürme statt, von denen der eine nach der früheren Grafschen Bauart, der andere nach Kruppischer Methode ausgeführt ist.

Stuttgarter Blätter verzeichnen das in Hoffreisen circulirende Gerücht, es stehe die Verlobung des 60-jährigen Herzogs Nikolaus von Württemberg, des zweitältesten zur Nachfolge berechtigten Agnaten, mit der Prinzessin Olga Marie von Sachsen-Weimar, der Tochter des Prinzen Hermann von Weimar und der Prinzessin Auguste, Schwester des verstorbenen Königs Karl, bevor.

Der Reichspostdampfer des Norddeutschen Lloyd „Preußen“ kollidierte vorgestern Abend auf der Fahrt von Southampton nach Antwerpen im Canal während dichten Nebels mit dem russischen Dampfer „Peter der Große“. Letzterer sank, doch wurde die gesammte Besatzung gerettet. Der Dampfer „Preußen“ ist mit Schaden am Bug gestern früh auf der Scheide angekommen.

Die „Freis. Ztg.“ meldet, wie schon gestern mitgeteilt, daß der deutsch-russische Handelsvertrag in parlamentarischen Kreisen als gescheitert gilt und zwar infolge der Haltung, welche das preussische Staatsministerium im Gegensatz zu dem Reichskanzler eingenommen hat. In Uebereinstimmung mit Herrn Wiquel hat der Handelsminister v. Verlepsch ein ellenlanges Register von Gegenforderungen an Rußland aufgestellt, wie es die heißhungerigsten Agrarier länger nicht hätten wünschen können, um ihren Zweck zu erreichen. Graf Caprivi aber hat dem preussischen Staatsministerium nachgegeben. Die „Nord. Allg. Ztg.“ bemerkt dazu: „Bei Verantwortung der russischen Anfrage, unter welchen Bedingungen der Conventionaltarif gewährt werden könne, ist, wie auch im Reichstage ausdrücklich vom Staatssekretär des Auswärtigen, Freiherrn v. Marschall, ausgesprochen wurde, deutscherseits erklärt worden, daß dies nur gegen vollwertige Concessionen möglich sei. Bei der Feststellung dieser Concessionen sind, wie wir gegenüber einer Zeitungsmeldung behaupten können, Differenzen zwischen Staats- und Reichsinstanzen nicht hervorgetreten.“

Vom Reichstag. Vor Eingang in die Tagesordnung erklärte Abg. Ahlwardt, er werde auf die während seiner Abwesenheit gegen ihn gerichteten Angriffe bei der dritten Lesung des Etats bei passender Gelegenheit ausführlich antworten. Hierauf folgte die zweite Beratung des Etats der Zölle, der Verbrauchssteuern und Auerfien. Die Abgg. Scipio und Goldschmidt beantragten die Einsetzung einer Behörde, welche über die Zolltariffage, zu denen bestimmte Artikel in Deutschland zugelassen werden, Auskunft zu geben hätte. Abg. Hug (Centrum) klagt über die Erschwerung des badisch-schweizerischen Grenzverkehrs in Folge des schweizerischen Handelsvertrages. Auch die badische Thon- und Ziegelindustrie litte unter den hohen Schweizer Einfuhrzöllen. Geheimrath Huber erwiderte, die Bestrebungen des badischen Kommissars bei den Verhandlungen mit der Schweiz, eine Ermäßigung der schweizerischen Zölle auf Ziegelewaaren zu erlangen, seien leider ohne Erfolg geblieben. Bezüglich des Grenzverkehrs seien bisher keine Beschwerden eingegangen. Die betreffende Bestimmung

bestand auch schon vor dem Handelsvertrage. Die Abgg. Scipio (nat.-lib.) und Goldschmidt (frei.) befrworteten die Annahme ihres Antrages. Staatssekretär Freiherr von Malchahn führte aus: Unbestreitbar bestehen bei dem heutigen Verfahren der Entscheidung in Zollstreitigkeiten auf dem Verwaltungswege Unbequemlichkeiten, deren Abstellung auch die Regierungen wünschen. Die Schwierigkeiten liegen aber in der Verfassung. Ein Tarifamt müßte das Recht der authentischen Interpretation erhalten, welches gegenwärtig dem Bundesrathe zusteht. Ob die Regierungen auf diese Rechte zu Gunsten des Tarifamts verzichten würden, das müßte dahingestellt bleiben. Jedenfalls würden die Regierungen die Resolution wohlwollend prüfen. Abg. Scipio erwiderte, die betreffende Behörde hätte ja nur das amtliche Waarenverzeichnis zu vervollständigen, wozu keinerlei Be-einträchtigung der Bundesratsrechte erforderlich sei. Staatssekretär Freiherr von Malchahn hob hervor, wenn das Tarifamt in jedem Streitfalle an den Bundesrathe gehen müßte, so wäre das mit großem Zeitverlust verknüpft. Abg. Brömel hielt die Schaffung einer richterlichen Instanz zur Schlichtung von Zollstreitigkeiten für erforderlich. Auf eine Anfrage des Abg. Scipio erklärte der Staatssekretär Freiherr von Malchahn, es sei eine Tarifkommission in Vorbereitung, welche einige kleine Tarifpositionen des Zolltarifs zu ändern bestimmt sei. Die Position Zölle ward sodann bewilligt und die Resolution Scipio-Goldschmidt angenommen, ebenso der Rest des Etats. Abg. Merbach (Reichspartei) führte aus, die Entwertung des Silbers drücke auf das empfindlichste auf alle Industrien, welche nach Silberwährungsländern exportiren. Die deutsche Silberproduktion sei seit Einführung der Goldwährung im Werthe von 25 Millionen gesunken. Die Regierungen sollten kein Mittel unversucht lassen, um dem in seinem Fortbestand bedrohten Silberbergbau zu helfen. Abg. Graf Mirbach (conservativ) geht auf die Währungsfrage ein und bestreitet, daß die Lösung derselben ohne England unmöglich sei. Durch das Zustandekommen einer bimetallicischen Union würden die Valutadifferenzen in den Silberländern beseitigt oder doch verringert. Abg. Graf Mirbach kündigte einen Antrag an, die Regierungen zu eruchen, zunächst eine Enquete anzustellen. Er hoffte, die Regierungen würden dem Reichstage Vorschläge machen, welche eine Verständigung anbahnen. Abg. Büsing (nat.-lib.) wendete sich gegen die Ausführungen des Vorredners und warnte davor, an der soliden deutschen Währung zu rütteln. Alle Experimente könnten leicht zu einer Katastrophe führen. Abg. von Radborff (Reichspartei) erklärte, die Remonetisirung des Silbers würde einen Kulturfortschritt bedeuten. Die Frage des Bimetallismus werde bei den nächsten Wahlen eine große Rolle spielen. Man werde sich bemühen, möglichst viele Anhänger desselben in das Parlament zu bringen. Abg. Damberger (frei.) wies die Behauptung des Abg. Graf Mirbach zurück, daß er bei der Vertheidigung der Goldwährung die Interessen des Judenthums vertrat. Es sei auch nicht einmal richtig, daß die Juden Anhänger der Goldwährung seien, verschiedene große Bankhäuser seien Anhänger des Bimetallismus. Die zweite Brüsseler Konferenz werde wohl nicht zu Stande kommen, namentlich da England eine solche wohl nicht beistimmen würde. Sollte der Bimetallismus wirklich eingeführt werden, dann würde die Katastrophe des Staatsbankrottes sofort folgen. Abg. Frege (ton.) trat für die Doppelwährung ein.

Oesterreich-Ungarn. Es wird bestätigt, daß der Fürstprimas von Ungarn anfangs Mai mit einem großen Zuge ungarischer Pilger, darunter Bischöfe und Magnaten, nach Rom gehen werde. Der Fürstprimas wird die Magnaten dem Papste vorstellen.

Spanien. Nach Meldungen aus Madrid ist es in den Provinzen an mehreren Orten zu erneuten Versuchen